

Deutsche Interessen und Raketenabwehr¹

Michael Staack*

Abstract: Since the current US administration declared its intention to deploy a strategic missile defence system in Poland and the Czech Republic, nuclear arms control has regained a prominent position on the international agenda. Taking into account recent attempts at dealing with Iranian nuclear ambitions, this paper points out the extent which German interests are at stake in this new debate. While the author acknowledges legitimate concerns about national security and defence, he emphasizes the importance of multilateral cooperation with all major and regional players involved, including Russia and China. NATO and the EU are the best place to discuss any new strategy.

Keywords: Germany, European Union, United States, Missile Defence

1. Einleitung

Die in den letzten zwei Jahren verstärkt vorangetriebene Absicht der USA, in Polen, Tschechien und möglicherweise auch in anderen europäischen Staaten Raketenabwehrsysteme aufstellen zu wollen, hat erstmals seit dem Ende des Ost-West-Konflikts wieder ein rüstungs- und rüstungskontrollpolitisches Thema ganz oben auf die politische Tagesordnung gesetzt. Dieses Prestigeprojekt der Administration von George W. Bush berührt grundlegende deutsche Interessen und verfügt über das Potential, die sicherheitspolitische Lage in Europa und darüber hinaus zum Negativen verändern. Die Annäherung an das Thema soll in drei Schritten vorgenommen werden, indem erstens zunächst einige definitorische Anmerkungen zu den zentralen Begrifflichkeiten Außenpolitik, Interesse und Multipolarität erfolgen, zweitens die grundlegenden außenpolitischen Interessen Deutschlands identifiziert und problematisiert werden sowie drittens die bevorstehende Entscheidung über ein US-amerikanisches Raketenabwehrsystem in Europa an diesen nationalen Interessen gemessen und bewertet wird.

2. Außenpolitische Interessen

Eine neue und intensive Debatte über nationale Interessen findet statt, seitdem Deutschland vereint und vom Importeur zum Exporteur von Sicherheit geworden ist.² Zunehmend und insbesondere in Bezug auf Auslandseinsätze der Bundeswehr werden eine präzise Definition und eine ebenso entschlossene Vertretung dieser Interessen angemahnt und eingefordert. Dabei entsteht zuweilen der irreführende Eindruck, als ob sich die Beteiligung oder Nichtbeteiligung Deutschlands an Einsätzen logisch und zwingend aus einer solchen, inhaltlich geschärf-

ten Interessensdefinition ableiten ließe. Vor einer solchen Erwartung sei bereits vorab gewarnt. Eine präzise Bestimmung von Interessen schafft einen besseren Rahmen für außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen, den nahezu immer komplexen Abwägungsprozess im Einzelfall vorwegnehmen kann sie nicht.³ Ebenso muss der Auffassung widersprochen werden, die alte Bundesrepublik habe bis 1989 Interessen weder definiert noch geltend gemacht. Das Gegenteil ist, und zwar gerade in der Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik, der Fall. Mit guten Gründen kann sogar die Auffassung vertreten werden, dass deutsche Interessenwahrnehmung etwa in den Entspannungsphasen des Ost-West-Konflikts während der 1970er und späten 1980er Jahre einfacher und erfolgreicher möglich war als im zu Ende gehenden »unipolaren Moment«⁴ US-amerikanischer Weltvorherrschaftspolitik.

Der liberalen Schule der internationalen Beziehungen folgend, soll Außenpolitik hier als das Verhalten verstanden werden, mit dem die im politischen System des Nationalstaates verfasste Gesellschaft ihre Interessen gegenüber der internationalen Umwelt durchzusetzen versucht. Nationale Interessen sind demzufolge grundlegende Zielsetzungen einer Gesellschaft, die sich erstens über einen längeren Zeitraum gebildet haben, zweitens von großen, lagerübergreifenden politischen Mehrheiten unterstützt werden und drittens die außenpolitische Staatspraxis prägen. Nationale Interessen sind weder »ewig« noch »heilig«, sie können sich im Inhalt, in der Bedeutung und in der Rangfolge verändern. Nationale Interessen konstituieren sich im Meinungsstreit; sie sind ein Ergebnis des gesellschaftlichen Kräfteparallelogramms bzw. identifizierbar als eine dominante Diskursformation dessen, was die betreffende Gesellschaft als außenpolitisch erstrebenswert ansieht. Sie können auch als Staatspräferenzen bezeichnet werden.⁵ Nationale Interessen sind dem Einfluss von gesellschaftlichem Wandel ebenso unterworfen wie veränderten Rahmenbedingungen des internationalen Systems.

Deutsche Außenpolitik vollzieht sich, so die hier vertretene These, in einer abnehmend unipolaren und zunehmend multipolaren Welt. Deshalb hat sie neue Anpassungsleistun-

* Prof. Dr. Michel Staack ist Professor für Politikwissenschaft, insbesondere Theorie und Empirie der Internationalen Beziehungen, an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg. Der Aufsatz wurde referiert (peer-review).

1 Überarbeitete Fassung der am 4. Juni 2007 gehaltenen Antrittsvorlesung des Verfassers an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg.

2 Vgl. Egon Bahr, *Deutsche Interessen. Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik*, München 1998; Wilfried von Bredow/Thomas Jäger, *Neue deutsche Außenpolitik. Nationale Interessen in den internationalen Beziehungen*, Opladen 1993; Hans-Peter Schwarz, *Republik ohne Kompass. Anmerkungen zur deutschen Außenpolitik*, Berlin 2005; Olaf Theiler (Hrsg.), *Deutsche Interessen in der sicherheitspolitischen Kommunikation*, Baden-Baden 2001.

3 Dazu weiterführend: Stefan Mair (Hrsg.), *Auslandseinsätze der Bundeswehr. Leitfragen, Entscheidungsspielräume und Lehren*. SWP-Studie S 27, Berlin September 2007.

4 Vgl. Charles Krauthammer, *The Unipolar Moment*, in: *Foreign Affairs*, 70 (1990/91) 1, S. 23-33.

5 Vgl. Andrew Moravcsik, *Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics*, in: *International Organization*, 51 (1997) 4, S. 513-553.

gen zu erbringen, z.B. in der Weltordnungspolitik oder im transatlantischen Verhältnis. Betrachtet man die entscheidenden Machtfaktoren im internationalen System – nämlich politisch-diplomatische Gestaltungsfähigkeit, wirtschaftliche Stärke, militärisches Potential, kulturelle Ausstrahlung, internationale Führungsfähigkeit und Vorbildfunktion durch Legitimität des eigenen Handelns – lässt sich nur in einem Bereich, dem der militärischen Stärke, eine unipolare Struktur zugunsten der Vereinigten Staaten von Amerika feststellen. Dagegen wird die politisch-diplomatische Welt zunehmend durch multipolare Aktionsmuster gekennzeichnet: durch die sich entfaltende Weltmachtrolle Chinas, den Wiederaufstieg Russlands, die Etablierung der Europäischen Union als weltpolitischer Akteur sowie den globalen Mitgestaltungsanspruch regionaler Großmächte wie der Indischen Union, Brasilien und Südafrika.⁶

Die Wirtschaftswelt ist im Trilateralismus von USA, Europa und Ostasien bereits multipolar strukturiert. Derweil ist die Gesellschaftswelt mit ihrer unüberschaubaren Akteursvielfalt angesichts der kommunikations- und informationstechnologischen Revolutionen transnational vernetzt und dem Zugriff nationalstaatlicher Steuerungsmacht nur noch begrenzt zugänglich.⁷ Der militärtechnologische Vorsprung der USA dürfte noch für mindestens zwei Jahrzehnte für jeden denkbaren Rivalen uneinholbar bleiben. Ähnliches gilt für die militärische Dominanz der Vereinigten Staaten, verstanden als die Fähigkeit, jeden möglichen Gegner – oder zwei oder drei zur gleichen Zeit an unterschiedlichen Orten – auch unterhalb der nuklearen Schwelle entscheidend schlagen zu können. Angesichts einer militärischen Realität, die nicht durch große Schlachten, sondern durch asymmetrische Abnutzung gekennzeichnet wird, muss aber selbst die machtpolitische Wertigkeit einer solchen militärischen Dominanz mit einem Fragezeichen versehen werden.⁸

In den 1990er Jahren zunächst eine kluge und freiwillige kooperative Selbstbeschränkung ihrer Hegemonie verfolgend, haben sich die Vereinigten Staaten in der zweiten Clinton-Administration und dann ganz klar in der Administration Bush jun. für eine Strategie der imperialen, zeitweise (2001-2004) auch imperialistischen Strategie der Machtausübung entschieden.⁹ Diese Strategie ist im Sande Mesopotamiens gescheitert, und zwar mit Folgen für die regionale und globale Ordnungspolitik, die nicht wünschenswert waren, nur noch bedingt beherrschbar sind und nicht allein von den USA, sondern der gesamten internationalen Gemeinschaft getragen werden müssen (Bürgerkrieg im Irak, regionaler Aufstieg des Iran, faktischer Zusammenbruch des Nahost-Friedensprozesses).¹⁰ Vor

diesem Hintergrund stellt die internationale Behandlung des Konflikts über das iranische Atomprogramm, bei der die deutsche Diplomatie von Anfang an eine sehr wichtige Rolle spielt, auch einen wichtigen Beleg für die sich herausbildende multipolare Ordnung dar: es geht eben nicht nur um einen gemeinsamen Kurs von USA und Europäischer Union, sondern auch um die Einbindung Russlands und Chinas und – ganz wichtig für den Entscheidungsprozess in den Vereinten Nationen bzw. der Internationalen Atomenergie-Organisation – um die Einbindung bedeutsamer Regionalmächte wie Brasilien, Südafrika und Indien. Eingedenk der weltpolitischen Machtprobe über den Irak-Krieg, verfolgten fast alle Beteiligten unausgesprochen nicht nur das vorrangige Ziel einer Eindämmung des Iran, sondern (zumindest bis zum Positionswechsel Frankreichs im Sommer 2007) auch ein Containment des erneut möglichen und dann erneut kontraproduktiven militärischen Unilateralismus der USA.

Im deutlichen Gegensatz zu ähnlichen Ordnungen der Vergangenheit, wie etwa der des Wiener Kongresses, zeichnet sich das gegenwärtig im Entstehen begriffene multipolare internationale System durch eine strukturell und inhaltlich welthistorisch einzigartige Verknüpfungs- und normative Regelungsdichte im Rahmen internationaler Organisationen aus. Dadurch sind Voraussetzungen geschaffen, um die tendenzielle Instabilität der Multipolarität durch einen effizienten Multilateralismus zumindest einzuhegen oder ganz zu überwinden.¹¹

3. Deutsche Interessen

In diesem weltpolitischen Kontext werden deutsche Interessen definiert. Sechs grundlegende außenpolitische Interessen lassen sich identifizieren, und zwar inhaltlich gewichtet in dieser Reihenfolge:

- die Selbstbehauptung des politischen Systems, der Gesellschaft und ihrer »Freiheit der Eigenentwicklung«,
- eine effiziente Weltordnung des normativen Multilateralismus,
- eine handlungsfähige Europäische Union,
- eine freie Weltwirtschaftsordnung mit geregelten Rahmenbedingungen,
- eine funktionsfähige transatlantische Partnerschaft mit den USA sowie
- eine strategische Partnerschaft mit der Russischen Föderation.

Das Interesse am physischen Überleben der Gesellschaft und an der Selbstbehauptung des politischen Systems bedarf keiner weiteren Erläuterung. Daran schließt sich die – wie es Richard Löwenthal formuliert hat – »Freiheit der Eigenentwicklung«¹² an, d.h. die selbstbestimmte Fähigkeit, außen- und innenpolitische Grundsatzentscheidungen zu treffen, etwa in Bezug auf die Zugehörigkeit zu Allianzen und internationalen Orga-

6 Vgl. Coral Bell, Die Abenddämmerung der unipolaren Welt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (2006) 3, S. 291-304.

7 Vgl. Ernst-Otto Czempel, Kluge Macht. Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, München 1999, Kapitel I.

8 Vgl. Herfried Münkler, Die neuen Kriege, Reinbek bei Hamburg 2002, insbesondere Kapitel 5 und 6.

9 Wenn hier und im Folgenden von »Imperialismus« die Rede ist, dann geschieht dies in Anknüpfung an die liberale Imperialismus-Theorie von John A. Hobson. Vgl. Hobson, The Psychology of Jingoism, London 1901; ders., Imperialism – A Study, London 1902. Für eine aktuelle Anwendung des Konzepts »Imperium« siehe: Peter Bender, Weltmacht Amerika. Das neue Rom, Stuttgart 2003; Herfried Münkler, Imperien. Die Logik der Weltherrschaft vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin 2005.

10 Vgl. Peter W. Galbraith, The End of Iraq. How American Incompetence Created a War Without End, New York usw. 2006.

11 Vgl. Harald Müller, Die Chance der Kooperation. Regime in den internationalen Beziehungen, Darmstadt 1993; John Gerard Ruggie (Hrsg.), Multilateralism Matters. The Praxis of an Institutional Form, New York 1993.

12 Richard Löwenthal, Freiheit der Eigenentwicklung, in: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Außenpolitische Perspektiven des westdeutschen Staates. Bd. 1 (Das Ende des Provisoriums), München 1972, S. 11-15.

nisationen. Deutsche Sicherheitspolitik geht davon aus, dass Sicherheit weder vorrangig noch allein durch militärische Maßnahmen gewährleistet werden kann. Nach diesem Verständnis umfasst präventive Sicherheitspolitik politische und diplomatische Initiativen sowie den Einsatz wirtschaftlicher, entwicklungspolitischer, rechtsstaatlicher, humanitärer und sozialer Maßnahmen.¹³

Das deutsche Verständnis von Außenpolitik ist kooperativ. Internationale Politik wird verstanden als ständiger Prozess der Konfliktbearbeitung und des Ausgleichs unterschiedlicher nationaler Interessen. Für Deutschland ist die Verbindung von Werten und Interessen im normativen Multilateralismus sowohl Ziel als auch Methode der Außenpolitik. Dafür sind drei Gründe entscheidend:

- das nationale Interesse einer mittleren Macht an einem funktionierenden globalen Ordnungssystem,
- die Konsensorientierung der deutschen Politik, die sich aus den Erfahrungen der jüngeren Geschichte, aber auch aus der Übertragung der Aushandlungs- und Konsensfindungsprozesse aus der Innenpolitik (Föderalismus, Koalitionsregierungen, Sozialpartnerschaft) auf die Außenpolitik ergibt sowie
- die Rahmensetzung des Grundgesetzes als einer besonders völkerrechts- und kooperationsfreundlichen Verfassung.

Deutschland betrachtet eine zunehmende kooperative Verregelung als den bestgeeigneten Weg zur Steuerung der internationalen Beziehungen. Deshalb hat es sich eine Reputation als »Konsensmacht«¹⁴ erworben, um internationale Koordinierungsprozesse zu moderieren und inhaltlich voranzubringen. Es setzt auf die Stärkung des multilateralen Systems, insbesondere der Vereinten Nationen und ihres Gewaltmonopols. Aufgrund seines überragenden Interesses an einem funktionierenden globalen Regelsystem setzt sich Deutschland auch für die Aufrechterhaltung und den Ausbau multilateraler Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime im Rahmen eines kooperativen Sicherheitssystems ein. Ausgehend von der Erkenntnis, »dass eine ungezügelter Rüstungskonkurrenz keine Sicherheit schafft«, bedarf es aus der Sicht der Bundesregierung »gemeinsamer Regeln, auf Grundlage derer militärische Macht eingeeht und eine langfristige Voraussetzung für die Gewährleistung von Sicherheit« geschaffen werden kann.¹⁵ Deutschland »verfolgt dabei einen multilateralen, kooperative Lösungen suchenden Ansatz in der Überzeugung, dass eine auf Zusammenarbeit und Gleichberechtigung aufbauende aktive Rüstungskontrollpolitik einen wichtigen Beitrag zu regionaler und globaler Stabilität leisten kann.«¹⁶ Aus ähnlichen Gründen tritt es für die Stärkung des Völkerrechts ein: Auch wenn gezügelte Macht stets notwendig ist, um die Herrschaft des Rechts aufrechtzuerhalten, kann – so das grundlegende Rational deutscher Außenpolitik – die bloße Stärke der Macht die normative Stärke des Rechts nicht ersetzen, wenn dauerhafte

Ordnung be- oder entstehen soll. Für eine Weltordnung des normativen Multilateralismus werden Verbündete gebraucht. Auch deshalb ist Deutschland an sehr guten Beziehungen zu allen Großmächten und regionalen Zentren der Welt interessiert.

Die Europäische Union bildet den wichtigsten Handlungsrahmen für deutsche Außenpolitik. Das europäische Modell der Zusammenarbeit stellt für Deutschland den einzigen Weg dar, um in einer Welt mit neuen Machtzentren relevant bleiben zu können. Deutschland definiert seine Interessen national; durchsetzen kann es sie in der Regel nur europäisch. Die Union ist zu einer Friedens-, Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft geworden; zu einem in vielfältiger Weise verknüpften Mehrebenensystem, in dem die klassische Unterscheidung zwischen innerstaatlicher und auswärtiger Politik längst aufgehoben wurde.¹⁷ Dieses Europa ist – wie es die Europäische Sicherheitsstrategie formuliert – »zwangsläufig ein globaler Akteur«,¹⁸ und darüber hinaus ein Leitbild in großen Teilen der Welt. Um europäische Handlungsfähigkeit zu erreichen, bedarf es aus deutscher Sicht nicht nur der jüngsten Vertragsreform, sondern einer darüber hinausgehenden Vertiefung der außen- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit dem Ziel einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion. Weil diese Aufgaben noch nicht erledigt und die große Erweiterung um zwölf neue Mitglieder seit dem Jahr 2004 noch nicht verarbeitet sind, befindet sich die Europäische Union derzeit in einer Krise – einer Krise, die noch sichtbarer wäre, würde sie nicht teilweise von der selbstverschuldeten Schwäche der USA verdeckt. Ein längerer Konsolidierungsprozess bildet aus deutscher Sicht die Voraussetzung für denkbare neue Erweiterungen im nächsten Jahrzehnt.

Für die künftige Rolle der Union in einer multipolaren Welt ist entscheidend, ob Europa sich als eigenständiger Pol oder als »Juniorpartner« – oder noch zugespitzter: als Annex – der USA versteht. Einige Staaten, etwa Großbritannien und Polen, verfolgen das »Fußnoten-Konzept« der Juniorpartnerschaft. Die deutsche Interessenlage ist eine andere; sie leitet sich nicht zuletzt aus der Befürwortung einer Weltordnung des normativen Multilateralismus ab. Angestrebt wird eine in allen Politikbereichen eigenständig handlungsfähige Gemeinschaft. Neu zu definieren ist die Führungsfigur in der Europäischen Union: »Ohne aktives deutsches Engagement, vielfach sogar ohne deutsche Führung kann es keine Weltpolitik im europäischen Verbund geben.«¹⁹ Dafür aber braucht Deutschland Partner. Die deutsch-französische Partnerschaft bleibt zentral, reicht aber nicht mehr aus. In der Sicherheitspolitik muss Großbritannien eingebunden werden, wenn Ergebnisse erreicht werden sollen. Gesamtpolitisch bleibt das »Weimarer Dreieck« aus Deutschland, Frankreich und Polen intellektuell interessant, politisch aber auf absehbare Zeit nicht oder nur eingeschränkt funktionsfähig. Um Fortschritte in der europäischen Integration zu erreichen, wird Deutschland deshalb neben der Partner-

13 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2006, S. 28-30.

14 Vgl. Czempel, Kluge Macht, S. 227-243.

15 Reinhard Silberberg, Eröffnungsvortrag, in: Auswärtiges Amt, Neue Wege der Rüstungskontrolle und Abrüstung. 16. Forum Globale Fragen, Berlin, 5.-6. März 2007, Berlin 2007, S. 5-9.

16 Bundesministerium der Verteidigung, Weißbuch 2006, S. 60.

17 Vgl. Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch (Hrsg.), Europäische Integration, 2. Aufl. Opladen 2003.

18 Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie, Brüssel, 12.12.2003, S. 1.

19 Christoph Bertram, Weltpolitik im europäischen Verbund – Herausforderungen für und Erwartungen an Deutschland. Theodor Eschenburg-Vorlesung 2003, in: Volker Rittberger (Hrsg.), Weltpolitik heute. Grundlagen und Perspektiven, Baden-Baden 2004, S. 27.

schaft mit Frankreich wieder stärker auf wechselnde Koalitionen, darunter das enge Zusammenwirken mit den mittleren und kleineren Staaten der Union setzen.

Das deutsche Interesse an einem freien Welthandelssystem muss für die im Jahr 2007 wohl letztmalig größte Exportnation ohne größere eigene Rohstoffreserven nicht weiter begründet werden. Damit einher geht ein spezifischer handelsstaatlicher Politikstil. Entstanden ist dieser Politikstil aus der Not, nämlich – wie es der damalige Reichsaußenminister Gustav Stresemann 1925 in einer Rede vor dem Zentralvorstand seiner Deutschen Volkspartei für eine andere deutsche Republik formulierte, der »Benutzung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge, um mit dem Einzigen, womit wir noch Großmacht sind, mit unserer Wirtschaftsmacht, Außenpolitik« betreiben zu können.²⁰ Aus dieser Not wurde in der alten Bundesrepublik eine Tugend und ein bis heute profitabler internationaler Spezialisierungsvorteil deutscher Interessenwahrnehmung: der Einsatz von Konsensmacht.²¹ Ein freies Welthandelssystem funktioniert nicht ohne Rahmenbedingungen, erst recht nicht nach dem Untergang des rheinischen »Kapitalismus, wie wir ihn kennen«.²² Deshalb braucht Globalisierung ein gemeinsames Normengerüst; eine soziale und ökologische Zügelung des neuen »Raubtierkapitalismus«²³ nach marktwirtschaftlichem Vorbild.

Das transatlantische Verhältnis ist wichtig, aber nicht mehr das Maß aller Dinge. Es hat sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts strukturell verändert: für die Vereinigten Staaten steht Europa strategisch nicht mehr im Vordergrund, Europa ist nicht mehr abhängig von der – notfalls auch nuklear einzulösenden – Sicherheitsgarantie der USA, die Europäische Union aufgestiegen zum globalen Akteur. Deutschland, im »Kalten Krieg« zweifacher Frontstaat an der Trennungslinie der Systeme, ist heute für die USA kein bevorzugter militärischer Sicherheitspartner mehr, vergleichbar etwa mit Großbritannien, Australien oder Israel.²⁴ Andererseits sind die Vereinigten Staaten noch für lange Zeit der wichtigste weltpolitische Akteur und sie bleiben als demokratische Weltordnungsmacht der bevorzugte strategische Partner für Deutschland und Europa.²⁵ Der transatlantische Raum wird – wirtschaftlich, wissenschaftlich, kulturell – durch eine Verflechtung und Interaktionsdichte gekennzeichnet, die global einzigartig ist; in diesem Raum werden 40% des Welt-Bruttosozialprodukts erzeugt und ein Drittel des Welthandels abgewickelt. Deshalb wäre es auch grundfalsch, die transatlantischen Beziehungen auf die NATO zu verengen.²⁶ Während das Nordatlantische Bündnis nach wie vor vom hegemonialen Führungswillen der USA bestimmt wird, werden die anderen Sachbereiche im

transatlantischen Verhältnis geprägt durch eine eher symmetrische Machtfigur.²⁷

Der weitgehend gescheiterte Weltordnungsversuch der Administration von George W. Bush hat die transatlantischen Beziehungen nachhaltig verändert.²⁸ Misst man sie an ihren bisherigen Leistungen, so wird diese Administration in einem Jahr mit der schlechtesten außen- und innenpolitischen Bilanz seit 1945 abtreten.²⁹ Sie hat, um nur ihre wichtigsten Leistungen zu nennen,

- den Terrorismus stärker gefördert, als Osama Bin Laden dies je könnte – selbstverständlich nicht intentional, wohl aber als Ergebnis ihrer »selbstmörderischen Staatskunst«³⁰;
- das Völkerrecht, die Menschenrechte und internationale Rechtsstaatlichkeit so stark missachtet und verletzt, dass die USA als demokratische Führungsmacht nicht mehr anerkannt werden;
- entscheidend dazu beigetragen, dass der Klimaschutz als größte politische Herausforderung des 21. Jahrhunderts kaum entscheidende Fortschritte machen konnte.

Aufgrund der bereits genannten Strukturveränderungen im transatlantischen Verhältnis und aufgrund der wiederkehrenden Versuchung eines »unilateralen Imperialismus«³¹ wird es keine Rückkehr zur »guten alten Zeit« vor 1989 geben. Robert Kagan, einer der neokonservativen Vordenker der Bush-Administration, spottet in seinem Buch »Dangerous Nation« über die Illusionen transatlantisch eingestellter europäischer Eliten.³² Schon immer, so Kagan, seien die USA eine expansive, imperialistische Macht gewesen, die im Innern nicht vor Sklaverei und ethnischer Ausrottungspolitik und nach außen nicht vor militärischem Interventionismus zurückgeschreckt sei. Es könne, so seine Auffassung, keine ernsthafte Debatte über amerikanische Außenpolitik geben, ohne neben der Ausnahme Europa im Kalten Krieg die Regel in Lateinamerika und allen anderen Weltregionen zur Kenntnis zu nehmen. Dennoch, so Kagan, seien die USA bedingungslos im Recht, denn für das Ziel der Freiheit müsse jedes Mittel erlaubt sein.

Diese Auffassung liegt nicht notwendigerweise im deutschen Interesse. Die Kriege in Vietnam, im Irak und in Afghanistan zeigten und zeigen, zu welchen Ergebnissen die Art und Weise der Kriegsführung der USA führt. Wo sich nur der Hammer im Repertoire der Einsatzmöglichkeiten findet, wird jedes politische Problem zu einem Nagel, auf den draufgeschlagen werden muss. Jedenfalls bisher ist eine »Lessons Learned Unit« nicht sichtbar geworden.³³

20 Zitiert nach: Henry A. Turner, Eine Rede Stresemanns über seine Locarno-politik, in: Vierteljahresshifte für Zeitgeschichte, (1967) 15, S. 434.
 21 Vgl. Michael Staack, Handelsstaat Deutschland. Deutsche Außenpolitik in einem neuen internationalen System, Paderborn 2000, S. 29-56.
 22 Vgl. Elmar Altvater, Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen, Münster 2005.
 23 Helmut Schmidt, Die Mächte der Zukunft. Gewinner und Verlierer in der Welt von morgen, Berlin 2004, S. 45.
 24 Vgl. Stephen F. Szabo, Parting Ways: The Crisis in German-American Relations, Washington, D.C. 2004.
 25 Vgl. Joschka Fischer, Die Rückkehr der Geschichte. Die Welt nach dem 11. September und die Erneuerung des Westens, Köln 2005, Kapitel V.
 26 Vgl. Michael Staack, Im Gleitflug. Hat die NATO noch eine Zukunft?, in: Michael Piazzolo (Hrsg.), Macht und Mächte in einer multipolaren Welt. Wiesbaden 2006, S. 281-304.

27 Vgl. Czempiel, Kluge Macht, S. 123-135.
 28 Vgl. Franz Eder/Gerhard Mangott/Martin Senn (Hrsg.), Transatlantic Discord. Combating Terrorism and Proliferation, Preventing Crises, Baden-Baden 2007; Michael Staack/Rüdiger Voigt (Hrsg.), Europa nach dem Irak-Krieg? Ende der transatlantischen Epoche?, Baden-Baden 2004.
 29 Vgl. Jochen Hils/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), Defekte Demokratie – Crusader State? Die Weltpolitik der USA in der Ära Bush, Trier 2006; Peter Rudolf, Imperiale Illusionen. Amerikanische Außenpolitik unter Präsident George W. Bush, Baden-Baden 2007.
 30 Vgl. James Cumes, America's Suicidal Statecraft. The Self-destruction of a superpower, Canberra 2007.
 31 Schmidt; Die Mächte der Zukunft, S. 68.
 32 Vgl. Robert Kagan, Dangerous Nation. America's Place in the World from the Earliest Days to the Dawn of the Twentieth Century, New York 2006.
 33 Vgl. John A. Nagl, Counterinsurgency Lessons from Malaya and Vietnam: Learning to Eat Soup with a Knife, Westport, Conn./London 2002.

Im Verhältnis zu den USA brauchen Deutschland und Europa eine Strategie, die als »konstruktive Konfliktfähigkeit«³⁴ bzw. als »kooperative Gegenmacht«³⁵ bezeichnet worden ist: Zusammenarbeit wo immer möglich, Widerspruch wo nötig: »Es gibt für die Mehrheit der kontinentaleuropäischen Nationen in absehbarer Zukunft weder einen strategischen noch einen moralischen Grund, sich einem denkbar gewordenen amerikanischen Imperialismus willig unterzuordnen. Wohl aber haben die Europäer gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit mit Amerika nötig, und beides kann auch aus amerikanischer Sicht nur nützlich und erwünscht sein.«³⁶ Deutsche und US-amerikanische Interessen sind nur teilweise deckungsgleich, und Bündnisloyalität ist nicht gleichbedeutend mit Gefolgschaftstreue bei Alleingängen der USA.

Das sechste und letzte außenpolitische Interesse Deutschlands richtet sich auf eine strategische Partnerschaft mit der Russischen Föderation. Dieses Interesse besteht unabhängig davon, ob mit Russland auch eine Wertegemeinschaft erreicht werden kann. Aus deutscher Sicht ist eine dauerhafte europäische Friedensordnung ohne Einbindung des großen östlichen Nachbarn nicht denkbar. Ohne eine Beteiligung der Russischen Föderation kann auch kaum eines der drängenden Probleme auf der europäischen und weltpolitischen Agenda gelöst werden, vom Endstatus des Kosovo über das Atomprogramm des Iran bis hin zum Klimaschutz.³⁷ Eine besondere Verpflichtung zur Einbindung Russlands ergibt sich auch aus der jüngeren deutschen Geschichte und aus dem Prozess zur deutschen Einheit. Außerdem wickelt Russland mehr als die Hälfte seines gesamten Außenhandels mit der Europäischen Union ab; und innerhalb der Union stellt Deutschland für Russland den wichtigsten Partner dar. Die deutsche Wirtschaft ist in Russland der wichtigste industrielle Investor; auf die EU insgesamt entfallen mehr als 75% aller Auslandsinvestitionen.³⁸ Für die deutsche Energiewirtschaft ist Russland auf Jahre als Partner ohne Alternative. Außerdem beachtet Russland die völkerrechtlichen Grundregeln für die Beziehungen zwischen den Staaten.

Aufgrund seines Interesses an einer strategischen Partnerschaft muss Deutschland die innenpolitische Entwicklung der Russischen Föderation mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen. Die Entwicklung zu einem formal demokratischen System mit autoritär formierter Gesellschaft liegt nicht im Interesse deutscher Politik. Deshalb sollten Meinungs-, Presse- und Vereinigungsfreiheit als zentrale Voraussetzungen einer zivilgesellschaftlichen Entwicklung auch immer wieder angemahnt werden. Allerdings muss auch zur Kenntnis genommen werden, dass die große Mehrheit der russischen Bevölkerung die Strategie Putins unterstützt, Russland als eurasischen Staat mit eigenem Entwicklungsweg und eigenen Werten betrachtet und in der – nach neuesten Umfragen nur noch von 16%

befürworteten – westlichen Demokratie kein Leitbild sieht.³⁹ Auch mit einem solchen Russland ist Partnerschaft möglich; die Qualität dieser Partnerschaft wird allerdings durch das Maß der Wertegemeinsamkeit wesentlich bestimmt.

4. Der neue Streit über die Raketenabwehr

Welche Konsequenzen ergeben sich aus dieser Interessensdefinition für die deutsche Haltung zum Vorhaben der USA, in Tschechien und Polen Radaranlagen und zunächst zehn Abfangraketen als Teil eines weltumspannenden Raketenabwehrsystems stationieren zu wollen? Die geplanten Abwehrsysteme richten sich gegen Interkontinentalraketen mit einer Reichweite von mehr als 5.500 km und sind damit deutlich zu unterscheiden von der begrenzten Raketenabwehr zum Schutz von Bevölkerungszentren oder Truppen im Einsatz, die jedenfalls prinzipiell unstrittig ist und über die auch unter Einschluss Russlands in der NATO beraten wird (Patriot Advanced Capability 3, Aegis, Terminal High-Altitude Area Defense).

Vom Abschluss des ABM-Vertrags 1972 bis weit über das Ende des Ost-West-Konflikts hinaus bildete der bewusste Verzicht auf eine großangelegte strategische Raketenabwehr und, damit verbunden, die Inkaufnahme eigener Verwundbarkeit einen Grundpfeiler des bipolar strukturierten Abschreckungssystems.⁴⁰ Nach diesem Vertrag waren beiden Seiten nur jeweils 100 Abwehrsysteme an einem Standort erlaubt. Dieses Rational war zu keinem Zeitpunkt unumstritten. Die in der seit 2001 amtierenden Bush-Administration dominierenden neokonservativen und klassisch machtpolitisch denkenden Kräfte um Vizepräsident Cheney, Verteidigungsminister Rumsfeld und seinen Stellvertreter Wolfowitz haben den ABM-Vertrag und das damit verbundene strategische Denken stets abgelehnt.⁴¹ Stattdessen befürworteten sie eine Strategie der Vorherrschaft (»primacy«) durch ein überlegenes Atomwaffenpotential, die Bereitschaft zur militärischen Präemption und Prävention sowie die Minimierung des militärischen »Restrisikos« durch eine möglichst umfassende Raketenabwehr.⁴² Nachdem der erste, mit dem SDI-Programm der Reagan-Administration verbundene Versuch zur Aufweichung des ABM-Vertrags in den 1980er Jahren gescheitert war⁴³, wurden die Befürworter der Raketenabwehr in den 1990er Jahren innenpolitisch mehrheitsfähig. Im Jahr 1998 empfahl eine vom republikanisch beherrschten Kongress eingesetzte Kommission unter Leitung von Donald Rumsfeld den Aufbau eines Raketenabwehrsystems zum Schutz der USA.⁴⁴ Die Befürwortung von »Missile Defense« war im Jahr 2000 die wichtigste außenpolitische

39 Vgl. Johannes Voswinkel, Europa, nein danke, in: Die Zeit, 16.5.2007, S. 8.

40 Vgl. Ashton B. Carter/David N. Schwartz, Ballistic Missile Defense, Washington D.C. 1984; Weapons in Space, Vol. II: Implications for Security. Daedalus, 114 (1985) 3.

41 Vgl. Michael Staack, Entspannungskritik und rüstungskontrollpolitischer Entscheidungsprozess in den USA. Amerikanische Politik zwischen äußeren Krisen und innergesellschaftlichem Meinungsstreit 1981-1987, Baden-Baden 1989.

42 Vgl. Robert W. Lieber/Daryl G. Press, The End of MAD? The Nuclear Dimension of Nuclear Primacy, in: International Security, 30 (2006) 4, S. 7-44.

43 Vgl. Raymond L. Garthoff, Policy versus the Law. The Reinterpretation of the ABM Treaty, Washington, D.C., 1987.

44 U.S. Congress, Vgl. Report of the Commission To Assess the Ballistic Missile Threat to the United States, Pursuant to Public Law 201, 104th Congress, Executive Summary, Washington, D.C., 15.7.1998.

34 Hanns W. Maull, Nationale Interessen! Aber was sind sie?, in: Internationale Politik, 61 (2006) 10, S. 73.

35 Michael Staack, Nach dem Irak-Krieg: Europa als kooperative Gegenmacht? Strategische Vision eines europäischen Europa, in: Sozialwissenschaftliche Informationen, 32 (2003) 2, S. 72-78.

36 Schmidt, Die Mächte der Zukunft, S. 238.

37 Vgl. Frank-Walter Steinmeier, Verflechtung und Integration, in: Internationale Politik, 62 (2007) 3, S. 6-11.

38 Vgl. Klaus Mangold, Unser Markt in Moskau, in: Internationale Politik 62, (2007) 3, S. 70-74.

Forderung des Kandidaten Bush. Entsprechend gehörte die Ankündigung, den diese Zielsetzung störenden ABM-Vertrag kündigen zu wollen, im Frühjahr 2001 neben der Rücknahme der Unterschrift unter das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs und der Absage an das Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz zu den außenpolitischen Leuchtturmprojekten der neuen Administration.⁴⁵

Tatsächlich ist angesichts der aus unterschiedlichen Quellen gespeisten Gefahr einer Proliferation von Atomwaffen und Trägertechnologien ein neues und innovatives Nachdenken über Abschreckung, Rüstungskontrolle und Raketenabwehr legitim.⁴⁶ Ein solcher Prozess macht aber nur dann Sinn, wenn er nicht unilateral, sondern kooperativ, unter Einbeziehung der wichtigsten weltpolitischen Akteure, betrieben wird. Auch eine kooperative Weiterentwicklung des ABM-Vertrags wäre klüger gewesen als dessen einseitige und ersatzlose Zerstörung.

Wie nun ist die neue Raketenabwehrpolitik der Bush-Administration im Lichte deutscher Interessen zu betrachten? Zeit seines Bestehens hat sich die Bundesregierung für die Aufrechterhaltung des ABM-Vertrags eingesetzt.⁴⁷ Die am 13. Dezember 2001 offiziell bekannt gegebene Vertragskündigung durch die USA erfolgte ohne Konsultation der Verbündeten. Daraufhin entschied sich die Bundesregierung für eine Politik der bewussten Nicht-Positionierung in der Frage der Raketenabwehr, und zwar nicht zuletzt, um Zeit zu gewinnen bis zu einem möglichen Politikwechsel unter einer neuen Administration.⁴⁸ Sicherheitspolitisch betrachtet, stellt sich eine strategische Raketenabwehr als genauso defensiv oder offensiv dar wie ein U-Boot, ein Hubschrauber oder ein Panzer. Mit anderen Worten: Für eine sicherheitspolitische Bewertung kommt es primär nicht auf die Qualität des einzelnen Waffensystems an, sondern auf den strategischen Kontext: den quantitativen und qualitativen Mix von Raketen und Raketenabwehr, die Perzeption Dritter, das Vorhandensein oder das Fehlen kooperativer Sicherheitsstrukturen und rüstungskontrollpolitischer Regelungen. Für sich genommen, stellt die Beteiligung an einer strategischen Raketenabwehr für das Überlebensinteresse der Bundesrepublik Deutschland keinen Sicherheitsgewinn dar. Auf den Kontext kommt es an.

Als Begründung für das Raketenabwehrsystem in Europa wird das Streben Nordkoreas und des Iran nach Langstreckenraketen angeführt.⁴⁹ Die Vorstellung, dass Nordkorea eine solche

Interkontinentalrakete, über die es im Übrigen noch nicht verfügt, erst 8.000 km Richtung Europa schießt, damit diese dann weitere 7.000 km in die USA fliegen kann, ist wenig real und für eine ernsthafte Diskussion ungeeignet. Realistischer ist eine Bedrohung durch den Iran. Nach Auffassung der USA wird dieser im Jahre 2015 über Langstreckenraketen verfügen.⁵⁰ Derzeit reichen die iranischen Raketen nur 1.300 bis 1.500 km weit. Jüngste Studien zweifeln grundsätzlich an der Fähigkeit dieses Landes, bis 2015 und darüber hinaus die hochkomplexe Trägertechnologie für längere Reichweiten beherrschen zu können.⁵¹ Auch ist nicht einsichtig, warum der Iran seinen wichtigen Handelspartner Europa bedrohen sollte.

Mit der von Deutschland bevorzugten Politik eines normativen Multilateralismus war der einseitige Ausstieg aus dem ABM-Vertrag nicht vereinbar. Umfassende Sicherheit lässt sich nicht durch unilaterales Handeln, sondern nur durch den Aufbau und die Nutzung kooperativer Sicherheitsstrukturen erreichen. Nach der Vertragskündigung durch die USA vor vollendete Tatsachen gestellt, beschloss die NATO bei ihrem Prager Gipfeltreffen im November 2002 kein »Ja« zur Missile Defense, sondern die Erstellung einer Machbarkeitsstudie.⁵² Diese als geheim deklarierte Studie liegt seit 2005 vor. Nach NATO-internen Quellen erklärt sie eine strategische Raketenabwehr für grundsätzlich realisierbar unter der Voraussetzung, dass der von den USA betriebene Prozess von Test und Entwicklung erfolgreich verlaufen werde.⁵³ Diese Studie sollte als Grundlage für weitere Entscheidungen im Bündnis dienen. Die Forcierung von bilateralen Abmachungen ohne sicherheitspolitischen und Verfahrenskonsens widerspricht diesem Ansatz ebenso diametral wie die Konfrontation strategischer Partner wie der Russischen Föderation mit vollendeten Tatsachen. Die parallel betriebene Verweigerung der Bush-Administration, auf ein vor allem von Russland und China verfolgtes Regime der Rüstungskontrolle bzw. Entmilitarisierung im Weltraum einzugehen, hat diese Problematik noch zuge-spitzt.⁵⁴ Aus dem deutschen Interesse an einem effizienten normativen Multilateralismus ergibt sich eine eindeutige Präferenz für die Rückführung der strategischen Raketenabwehr in die NATO und den Rüstungskontrollprozess, und zwar mit dem Ziel einer kooperativen Entscheidungsfindung unter Ein-schluss der Konsensbildung mit dem strategischem Partner, der Russischen Föderation.

45 Dazu ausführlich: Bernd W. Kubbig, *America: Escaping the Legacy of the ABM Treaty*, in: *Contemporary Security Policy*, 26 (2005) 3, S. 410-430; Oliver Thränert, *Paradigm Shift? Die USA und die Zukunft der Rüstungskontrolle*, in: Werner Kremp/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Weltmacht vor neuer Bedrohung. Die Bush-Administration und die US-Außenpolitik nach dem Angriff auf Amerika*, Trier 2003, S. 125-156.

46 Vgl. The Weapons of Mass Destruction Commission, *Weapons of Terror. Freeing the World of Nuclear, Biological and Chemical Arms*, Stockholm 2006. Die Kommission wurde 2004 auf Initiative der schwedischen Regierung eingesetzt und vom ehemaligen Generaldirektor der IAEO, Außenminister a.D. Hans Blix, geleitet. Vgl. ebenso: Dean A. Wilkening, *Ballistic Missile Defence and Strategic Stability*. The International Institute for Strategic Studies, Adelphi Paper 334, Oxford/New York 2000.

47 Vgl. Staack, *Handelsstaat Deutschland*, S. 75-96.

48 Vgl. Bernd W. Kubbig/Axel Nitsche, *Germany: Selective Security Provider in the Schröder/Fischer Era*, in: *Contemporary Security Policy*, 26 (2005) 3, S. 520-543.

49 Vgl. Condoleezza Rice/Robert Gates, *Wir wollen kein neues Wettrüsten. Ein Plädoyer für eine Raketenabwehr in Europa, die nicht gegen Russland gerichtet ist*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 26.4.2007, S. 6.

50 Ebd.

51 Vgl. Sascha Lange/Oliver Thränert, *Raketenabwehr in und für Europa?*, SWP-Aktuell 20, Berlin, März 2007; Oliver Schmidt, *Iranische Raketen und Marschflugkörper. Stand und Perspektiven*, SWP-Diskussionspapier FG3-DP08, Berlin, Dezember 2006.

52 NATO Press Release (2002) 127, 21.11.2002, Prague Summit Declaration: (<http://www.nato.int/docu/pr/2002/p02-127e.htm>, 30.5.2007), S. 3.

53 Unabhängige Quellen ziehen dagegen die grundsätzliche Funktionsfähigkeit einer Weltraumverteidigung in Zweifel, vor allem, da das Problem der Unterscheidbarkeit zwischen »echten« Raketen bzw. Sprengköpfen und Attrappen – wie in den 1980er Jahren bei SDI – nicht gelöst sei. Vgl. U.S. Government Accountability Office, *Defense Acquisitions. Missile Defense Agency Fields Initial Capability but Falls Short of Original Goals*, Report to Congressional Committees, Washington D.C., March 2006; Union of Concerned Scientists, *Technical Realities. An Analysis of the 2004 Deployment of a U.S. National Missile Defense System*, Cambridge/Mass. 2004.

54 Vgl. Harald Müller, *Allein gegen den Rest der Welt. Ein neuer Rüstungswettlauf? Wir sind schon mittendrin!*, in: *Internationale Politik*, 62 (2007) 5, S. 86-88.

Ein solcher Ansatz ist zudem geboten, um das deutsche Interesse an größtmöglicher europäischer Handlungsfähigkeit auch in der Außen- und Sicherheitspolitik zu verwirklichen. So wie es derzeit keine inhaltlich substantielle, gemeinsame Position der Atlantischen Allianz zur Raketenabwehr gibt, so existiert – bedauerlicherweise – auch kein gemeinsamer Standpunkt der Europäischen Union. Nach dem Irak-Krieg droht der Union ein zweites Mal die Gefahr der Spaltung durch eine unilaterale Politik der USA. Aus deutscher Interessenslage erscheint es höchst bedenklich, wie leicht einige Partner – und teilweise dieselben wie im Jahre 2003 – bereit sind, sich über die Mechanismen von NATO und EU hinweg amerikanischen Alleingängen und einer neuen »Koalition der (Raketenabwehr-)Willigen« anzuschließen. Für sie scheinen permanente Stützpunkte der USA wichtiger zu sein als europäische Gemeinsamkeit.⁵⁵ Der Schaden des Irak-Krieges für eine gemeinsame Außenpolitik scheint, ungeachtet der Einigung auf eine Europäische Sicherheitsstrategie, noch nicht überall zu Lernerlebnissen geführt zu haben.

Auch wenn die Bush-Administration von ihrer in der ersten Amtszeit offensiv verfolgten Strategie einer Obstruktion der europäischen Integration mangels anderer weltpolitischer Partner vorerst Abstand genommen hat, so behält sie sich eine Reaktivierung einer solchen Vorgehensweise für erneute Konfliktfälle offenkundig durchaus vor. Die bilateral betriebene Stationierung von Raketenabwehrsystemen kann nicht nur zu einem erneut gespaltenen Europa führen, sondern auch zur Beeinträchtigung weiterer Fortschritte auf dem Weg zu einer eigenständigen Sicherheitspolitik. »Europa ist (aber) kein Vorhof der USA, in dem diese frei schalten und walten können.«⁵⁶ Im wahrscheinlichsten Fall führt der Aufbau der Systeme dazu, dass Europa die negativen Folgen einer solchen Politik in Gestalt einer verschlechterten Bedrohungssituation und schlechterer Beziehungen zu Russland zu tragen hat, die alleinige Entscheidung über den Einsatz dieser Systeme aber in Washington verbleibt. Eine solche Lasten- und Risikoteilung ist nicht wünschenswert. Auch dieses Argument spricht aus deutscher Interessenslage zwingend für eine Rückführung der Raketenabwehr-Problematik in die Strukturen der Allianz.

Aktuell stört die Missile Defense-Politik der Bush-Administration die EU/EU3-Verhandlungen mit dem Iran erheblich.⁵⁷ Das Potential dieser Verhandlungen ist – auch angesichts von Auseinandersetzungen in der iranischen Führung selbst – noch keinesfalls ausgeschöpft. Wie soll aber die mühsam bewahrte Einheit der internationalen Gemeinschaft in dieser Frage erhalten und wie eine Bereitschaft zur Ausweitung des Sanktionsdrucks glaubwürdig vermittelt werden, wenn ein Scheitern der Verhandlungen schon antizipiert wird?

Die im engeren Sinne handelsstaatlichen Interessen der Wirtschaftsmacht Deutschland sind durch die Raketen-Debatte vorerst nur mittelbar berührt. Derzeit spricht nichts dafür,

dass Russland aus Protest gegen diese Pläne die Wirtschafts- und Energiepartnerschaft zur Disposition stellen wird. Naiv ist allerdings die Erwartung, durch eine Beteiligung an der Raketenabwehr einen ökonomischen oder technologischen Nettogewinn erzielen zu können. Schon immer, von der strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) bis zum Raketenabwehrprojekt MEADS (Medium Extended Air Defense System), begreifen die USA militärische Kooperation als technologische Einbahnstraße.⁵⁸ Die Erfahrungen mit dem SDI-Projekt sprechen in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache.⁵⁹

Was die transatlantischen Beziehungen auf Regierungsebene betrifft, so liegt beim Thema Raketenabwehr konstruktive Konfliktfähigkeit im deutschen Interesse. Eine alleinige Fixierung auf die in ihre Abenddämmerung tretende, deshalb aber umso entschiedener ihre Ziele verfolgende Bush-Administration wäre aber grundfalsch. Bei dieser Frage ist es geboten, die Meinungsbildung im demokratisch beherrschten Kongress zur Kenntnis zu nehmen und, wo möglich, auch zu beeinflussen. Im Mai 2007 kürzte das Repräsentantenhaus den beantragten Etatansatz für die Stationierungspläne in Polen und Tschechien von 310 auf 150 Millionen Dollar. Die Bewilligung des Restbetrags wurde mit der Auflage versehen, zunächst einen Konsens in der NATO und mit der Russischen Föderation zu suchen. Auch die weiteren Mittel für Missile Defense wurden um über eine halbe Milliarde Dollar reduziert. Nicht die technisch unausgereifte Weltraumverteidigung, sondern die Raketenabwehr für das Gefechtsfeld und zum Schutz von Bevölkerungszentren soll nach dem Willen der Mehrheit des Repräsentantenhauses Vorrang besitzen.⁶⁰ Nach den Wahlen vom November 2006 hat Rüstungskontrolle im Kongress wieder eine stärkere Lobby; und die ideologische Fixierung der Republikaner auf Missile Defense ist nicht mehr das bestimmende Paradigma.

Russland greift die US-amerikanischen Pläne an, weil es sich durch die Raketenabwehr zumindest mittel- bis langfristig bedroht fühlt, aber auch, weil es nicht mehr bereit ist, von der Bush-Administration immer wieder mit vollendeten Tatsachen konfrontiert zu werden, die es dann nicht nur hinnehmen, sondern auch noch akzeptieren soll.⁶¹ Auf besonderen russischen Widerstand stößt die Errichtung ständiger US-amerikanischer Stützpunkte in ehemaligen Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts unmittelbar vor ihrer Grenze. Bei einer Stationierung der Raketenabwehrsysteme und deren denkbarer zahlenmäßiger Aufstockung befürchtet Russland eine schleichende Beeinträchtigung seines Abschreckungspotentials.⁶² Es sieht in der unilateralen Vorgehensweise der Bush-Administration auch einen Verstoß gegen die von den Präsidenten Bush und Putin im Mai 2002, nach der Kündigung des ABM-Vertrags, erklärte

58 Vgl. Bernd W. Kubbig, Raketenabwehrsystem MEADS: Entscheidung getroffen, viele Fragen offen. HSFK-Report 10/2005, Frankfurt a.M. 2005, S. 19-28.

59 Vgl. Michael Staack, Handelsstaat Deutschland, S. 92-97.

60 Thom Shanker, U.S. to test missile defense system at decisive moment, in: International Herald Tribune, 22.5.2007 (<http://www.iht.com/bin/print.php?id=5828338>, 30.5.2007); «US-Abwehrschild in Mitteleuropa. Kongress stützt Bushs Raketen-Budget, in: Süddeutsche Zeitung, 18.5.2007. (<http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/821/114707/print.html>, 30.5.2007).

61 Vgl. Hannes Adomeit/Alexander Bitter, Russland und die Raketenabwehr. Wer spaltet wen?, SWP-Aktuell 23, Berlin April 2007; Frank Elbe/Ulrich Weisser, Der Raketenstreit wächst sich zu einer internationalen Krise aus, S. 3 ff.

62 Putin: »US-Raketenpläne stören strategische Balance«, in: Süddeutsche Zeitung, 4.6.2007, S. 8.

55 Vgl. Rafal Domisiewicz/Slawomir Kaminski, Poland: Waiting for Washington, in: Contemporary Security Policy, 26 (2005) 3, S. 571-587; Radek Khol, Czech Republic: Prague's Pragmatism, ebd., S. 470-485.

56 Vgl. Frank Elbe/Ulrich Weisser, Der Raketenstreit wächst sich zu einer internationalen Krise aus. DGAPStandpunkt 5, Berlin Juni 2007, S. 6.

57 Ebd., S. 4-5.

Absicht, gemeinsame Projekte zur Raketenabwehr zu prüfen.⁶³ Dass die Russische Föderation nun sogar mit der Kündigung des INF-Vertrags über die vollständige Abrüstung nuklearer Mittelstreckenraketen sowie des KSE-Vertrags über konventionelle Rüstungskontrolle droht, muss ernstgenommen werden. Die deutsche Interessenlage ist sehr klar: eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zum strategischen Partner Russland und ein – von der Bush-Administration durchaus in Kauf genommenes – Zerbrechen der für Europa besonders wichtigen Rüstungskontrollregelungen stellt keinen vertretbaren Preis für die Stationierung noch nicht ausgereifter und noch nicht benötigter Raketenabwehrsysteme dar.

5. Schlussbemerkung

Die Absicht der Bush-Administration zur Stationierung von Raketenabwehrsystemen in Europa folgt nicht sachlichen Notwendigkeiten, etwa einer konkreten Bedrohungssituation. Sie ergibt sich vielmehr aus dem Wunsch dieser Administration, ein außenpolitisches Prestigeprojekt noch vor dem Ende der Präsidentschaft zu verwirklichen, aus dem Amtsantritt einer stationierungswilligen tschechischen Regierung mit Ein-Stimmen-Parlamentmehrheit Anfang 2007, und aus dem grundsätzlichen Interesse einiger mittelosteuropäischer Staaten an ständigen amerikanischen Stützpunkten, weil ihnen die Sicherheitsgarantien der NATO als nicht ausreichend erscheinen. Es gibt kein einziges deutsches Interesse, aus dem sich zum heutigen Zeitpunkt und unter den gegebenen Rahmenbedingungen ein deutsches »Ja« zur geplanten Stationierung von Raketenabwehrsystemen in Osteuropa ableiten ließe.

Im deutschen Interesse liegt eine ergebnisoffene, ohne Zeitdruck betriebene und sowohl verteidigungs- als auch rüstungskontrollpolitische Ziele berücksichtigende Behandlung dieser Frage innerhalb der NATO, innerhalb der Europäischen Union, in Verhandlungen mit der Russischen Föderation und anderen Partnern.

Betrachten wir die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen, so muss die Debatte über ein nicht funktionsfähiges strategisches Raketenabwehrsystem als die falsche Priorität bewertet werden. Stattdessen wäre es notwendig, das Regelsystem über die nukleare Nichtweiterverbreitung zu bekräftigen und zu stärken. Ein wichtiger Beitrag dazu könnte im Verzicht der Nuklearwaffenbesitzer auf qualitative und quantitative Aufrüstung bestehen.⁶⁴ Notwendig wäre auch ein umfassendes, von den USA mitgetragenes Verhandlungsangebot an den Iran, das im Gegenzug für eine Absage an ein militärisches Atomprogramm und für ein konstruktives Verhalten in der Region des Mittleren Ostens Sicherheitsgarantien und die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten beinhalten sollte; ein Vorschlagspaket also, das zum Kern der Sache geht und dessen Ablehnung für die iranische Führung innen- und außenpolitisch nicht durchzuhalten wäre.⁶⁵ Bevor die Möglichkeiten der Rüstungskontrollpolitik nicht ausgeschöpft sind, gibt es keinen Grund für voreilige Rüstungsentscheidungen.

63 Vgl. The White House – President Bush, Text of Joint Declaration, Office of the Press Secretary, 24.5.2002, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/05/print/20020524-2.html> (31.5.2007).

64 Vgl. George P. Shultz/William J. Perry/Henry A. Kissinger/Sam Nunn, A World Free of Nuclear Weapons, in: The Wall Street Journal, 4.1.2007, S. A 15; Helmut Schmidt, Amerika, geh mit gutem Beispiel voran. Atomare Aufrüstung und Raketenabwehr: Die Welt steht vor einem bedrohlichen Wettlauf, in: Die Zeit, 8.3.2007, S. 3.

65 Vgl. Joseph Cirincione/Andrew Grotto, Contain and Engage: A New Strategy for Resolving the Nuclear Crisis with Iran, Washington, D.C., 2007.

US-Rüstungsindustriepolitik



Theoretisch gut gerüstet?

Die amerikanische Rüstungsindustriepolitik der 1990er Jahre aus IB-Perspektive

Von Niklas Schörnig

2007, 325 S., brosch., 44,- €, ISBN 978-3-8329-3023-3

(Internationale Beziehungen, Bd. 8)

Im Zentrum steht die Frage nach den Zielen aktiver amerikanischer Rüstungsindustriepolitik. Mittels einer umfassenden Inhaltsanalyse werden die Motive und Interessen der politischen Entscheidungsträger im Rahmen des Prozesses analysiert. Das Ergebnis der Arbeit zeigt, dass die gängige Interpretation, man sei ausschließlich an Kosteneinsparungen interessiert gewesen, revidiert werden muss.

Bitte bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder bei Nomos |
Telefon 07221/2104-37 | Fax -43 | www.nomos.de | sabine.horn@nomos.de



Nomos